

PETER WINKLER

Afrikas transkontinentaler Krisengürtel Eine Kette von Kriegen zwischen Angola und dem Horn

Ein Blick auf eine Karte Schwarzafrikas, auf der bewaffnete Konflikte besonders ausgezeichnet sind, zeigte Mitte 1999 neben einer von der senegalesischen Casamance-Provinz über Guinea-Bissau und Sierra Leone bis nach Liberia reichenden Konfliktzone vor allem ein breites Band, das sich von Angola im Südwesten diagonal bis nach Eritrea und Somalia am Horn von Afrika zog. Dieser Gürtel von Konflikten umfaßte direkt die zehn Länder Angola, Kongo-Brazzaville, Kongo-Zaire, Burundi, Rwanda, Uganda, Sudan, Äthiopien, Eritrea und Somalia, auf deren Territorium kriegerische Auseinandersetzungen stattfanden. Darüber hinaus waren mindestens drei weitere Staaten mit Truppen in die Auseinandersetzungen verwickelt: Simbabwe, Namibia und Tschad. Tschad zog sich im Verlauf der ersten Jahreshälfte 1999 aus Kongo-Zaire zurück, nicht zuletzt darum, weil sich die innenpolitische Lage wieder zuspitzte.

Fünf verschiedene Konfliktherde

In diesem transkontinentalen Krisengürtel lassen sich fünf verschiedene, zum Teil aber miteinander verknüpfte Herde der Unruhen erkennen:

Da ist erstens der Kampf um die Macht und damit um den Zugriff auf die enormen Reichtümer an Bodenschätzen in Angola zwischen der Clique um den Präsidenten dos Santos und seinem Gegenspieler Savimbi, dem Chef der Unita (União nacional para a independência total de Angola). Dieser Machtkampf, der mit kurzen Unterbrechungen seit dem Abzug der Portugiesen aus ihrer Besitzung andauert, verlor nach dem Ende des Kalten Kriegs und der Apartheid in der Republik Südafrika den Charakter einer Ost-West-Konfrontation und offenbarte seinen Charakter als mörderischer Bruderkrieg. Er kann von keiner der beiden Seiten militärisch gewonnen werden, solange ihnen ihre Devisenquellen zur Verfügung stehen – Rohöl vor allem auf Seiten der Regierung und Diamanten auf Seiten der Unita.

Zweitens erkennen wir einen oft biblisch anmutenden und oft auch mit alttestamentarischer Brutalität ausgetragenen Überlebenskampf der Tutsi-Völker gegenüber einer Bantu-Bevölkerungsmehrheit im Gebiet des Tanganjika- und des Kivusees in Ostzentralafrika. Dieser Konflikt ist im wesentlichen ein Resultat von Rassenideologien und politisch gesteuerter Ethnizität, die sich recht direkt von kolonialen Fehlleistungen ableiten lassen.

Der dritte Krisenherd in Sudan kann als Befreiungskrieg einer schwarzafrikanischen Bevölkerungsminderheit gegen das nördliche, arabisch-islamische Establishment interpretiert werden. Er hat, nach der Machtübernahme islamistischer Militärs 1989, eine zusätzliche Dimension gewonnen, da sich Teile der nordsudanesischen Opposition mit der südsudanesischen Guerillabewegung verbündeten. Der Krieg wird seither oft in allerdings sehr vereinfachender Weise als Ringen zwischen Anhängern eines säkularen Staates und Befürwortern eines islamischen Gottesstaates verstanden.

Der vierte Kriegsschauplatz befindet sich an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea. Seine Ursache scheint auf den ersten Blick geradezu banal: Ein erst mit der Unabhängigkeit Eritreas 1993 akut gewordener Streit über den genauen Verlauf der Grenze, in meist unwegsamem, trockenem und scheinbar wertlosem Gelände. Der Grenzstreit ist jedoch nur der Aufhänger, der Funken, der das Pulverfaß zur Explosion brachte.

Der fünfte Konfliktherd schließlich liegt in Somalia, wo der Versuch, einen wissenschaftlich-sozialistischen Zentralstaat mit rigider Planwirtschaft über eine der archaischesten Gesellschaften Afrikas zu stützen, in einem wilden Kampf aller gegen alle sein Ende fand. Somalia als Staat gibt es nicht mehr, es gibt nur noch gewisse Regionen, die sich zusammengerauft hatten und ein Mindestmaß an staatlicher Organisation aufzubauen vermochten. Im Gegensatz dazu unterstehen große Teile im Süden des Landes der Kontrolle von Kriegsherren und Clanführern, die im Verlauf dieses Jahres immer deutlicher von den Akteuren im benachbarten eritreisch-äthiopischen Konflikt benutzt wurden.

Musevenis Visionen

Aus verschiedenen Gründen empfiehlt es sich, eine genauere Analyse dieser fünf Konflikte mit Uganda zu beginnen. Hier nahm mit dem Einmarsch der National Resistance Army unter dem Guerillaführer Yoweri Museveni in Kampala 1986 eine Umwälzung ihren Anfang, deren Ende noch keineswegs absehbar ist. Museveni war sich der eigentümlichen Lage seines Landes an einer wirtschaftlichen Schlüsselstelle, aber ohne Zugang zum Meer bewußt, und er hat gezeigt, daß er über längere Fristen strategisch denkt wie keiner der anderen Staatschefs der Region. Zum einen versucht Museveni, den Mangel an eigenen Seehäfen über die wirtschaftliche und politische Integration mit Kenya und Tansania in der East African Cooperation wettzumachen. Zum andern will er den Export von Bodenschätzen (Gold und Diamanten) und Landwirtschaftsprodukten aus dem Ostkongo über Uganda und Rwanda an den Indischen Ozean umlenken. Der Ostkongo ist aber nicht nur ein überaus attraktiver wirtschaftlicher Magnet, sondern bietet auch aus bevölkerungspolitischer Sicht ein enormes Reservoir an Raum, das den Bevölkerungsdruck und die damit einhergehenden Konflikte im Gebiet des Viktoria-, des Kivu- und des Tanganjikasees wirksam entschärfen könnte.

Strategisch gesehen erfüllt Uganda aber noch eine zweite Funktion, was seine Verwicklung in den sudanesischen Krieg erklärt: als Bollwerk gegen die Ausbreitung des militanten Islamismus aus dem Norden. Die Verteidigungslinie soll möglichst weit im Norden, tief in sudanesischem Territorium verlaufen. Daher erklärt sich die anhaltende Unterstützung Ugandas für die südsudanesischen Guerillabewegung SPLA (Sudan People's Liberation Army, mit dem Sudan People's Liberation Movement als politischem Umhang), eine Organisation, die allerdings an Ineffizienz und Brutalität gegenüber der eigenen Bevölkerung kaum zu überbieten ist. Trotz mehrmaligen massiven Interventionen ugandischer, eritreischer und rwandischer Truppen vermochte die SPLA nie, die Regierungsarmee aus ihren Garnisonen im Süden zu drängen und sich so die Grundlage für die Ausrufung eines befreiten Südsudans mit einer eigenen Regierung zu schaffen. Im Gegenteil: Das Engagement Ugandas führte einerseits dazu, daß Sudan immer offener ugandische Rebellen im Norden unterstützte, allen voran die Lord's Resistance Army und die West Nile Bank Front. Diese Bewegungen mit sehr diffusen Zielen nutzen das sudanesisches Hinterland, um sich nach Einfällen in den Norden Ugandas mit ihrer Beute zurückzuziehen, sich neu zu organisieren und zu bewaffnen. Andererseits hat die jahrelange Praxis, die SPLA mehr oder weniger verdeckt über Uganda zu versorgen, kräftig dazu beigetragen, daß sich Teile des ugandischen Offizierskorps mehr durch ihre geschäftlichen als durch ihre militärischen Fähigkeiten auszeichnen.

Vielfrontenkrieg Ugandas

Uganda war ab Mitte 1998 gezwungen, einen eigentlichen Dreifrontenkrieg zu führen. Neben dem „traditionellen“ Beistand für die SPLA und den Anti-Guerilla-Operationen im Norden machten den ugandischen Sicherheitskräften anhaltende Einfälle der diffusen Allied Democratic Forces (ADF) im Westen an der Grenze zu Kongo-Zaire zu schaffen – auch die

ADF erhält Unterstützung aus Sudan. Vor allem im Gebiet des Rwenzori-Massivs rissen die Attacken von ADF-Einheiten hauptsächlich gegen Zivilisten nicht ab. Das ugandische Engagement in Kongo-Zaire wurde vor allem mit dem Argument begründet, daß nur so der ADF die Nachschubwege von ihren rückwärtigen Basen abgeschnitten werden könnten. Dies gelang aber offensichtlich nicht.

Ugandische Einheiten kontrollierten nicht nur die Grenzen, sie operierten tief in den kongo-zairischen Provinzen Orientale und Equateur; in der drittgrößten Stadt des Landes, Kisangani, unterhielten sie ihr Hauptquartier. Sie unterstützten dort die Rebellenbewegung Mouvement pour la libération du Congo (MLC) des Geschäftsmanns Jean-Pierre Bemba und eine der beiden Faktionen des gespaltenen Rassemblement congolais pour la démocratie (RCD) unter dem früheren RCD-Präsidenten Wamba dia Wamba. Der Vormarsch des MLC im Verband mit ugandischen Truppen hielt mit gelegentlichen Unterbrechungen und Rückschlägen bis zur Jahresmitte an. MLC-Truppen standen zu jener Zeit am Ubangui-Fluß – ein Zufluß zum Kongo-Fluß – gegenüber Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik.

Die Kapazität der Ugandan People's Defence Forces schien mit ihrer dreifachen Verpflichtung im Norden und Westen des Landes sowie in Kongo-Zaire allerdings überfordert. Es wurde im Lauf des Jahres immer deutlicher, daß Uganda sein Engagement im Nachbarland bedeutend reduzieren wollte.

Überstrapazierte angolische Armee

Mit dem Problem einer überstrapazierten Armee hatte allerdings nicht nur Uganda zu kämpfen, sondern in verschärftem Maß auch Angola. Als Folge einer eklatanten Fehleinschätzung der eigenen Stärke und der vermeintlichen Schwäche von Savimbis Unita-Bewegung entschloß sich die Regierung in Luanda Ende 1998, den „Stier“ Savimbi an den Hörnern anzupacken, nachdem sich die angolische Armee zuvor bereits in Kongo-Brazzaville und Kongo-Zaire engagiert hatte. Die Unita brachte der Regierungsarmee zunächst empfindliche Niederlagen bei. Sie übte zur Jahresmitte 1999 wieder die totale Kontrolle über ihre Nachschubwege an der Grenze zu Kongo-Zaire aus, bedrohte Ölförderanlagen an der Küste sowie größere Städte wie Kuito und Malanje und sie rückte in eine von vielen als kritisch empfundene Nähe der Hauptstadt Luanda vor. Laut südafrikanischen Angaben erstreckte sich der Einfluß der Unita wieder über rund 70 Prozent des Territoriums.

Die angolische Armee verfehlte aber auch die Ziele ihrer Interventionen in den beiden Kongo-Republiken, wo sie gehofft hatte, die Nachschubwege und rückwärtigen Basen der Unita und der Cabinda-Separatisten mittels der Unterstützung freundlich gesinnter Regime treffen zu können.

Dem Staatschef Kongo-Brazzavilles, Sassou-Nguesso, gelang es trotz einer starken angolischen Militärpräsenz nicht, den periodisch aufflackernden Widerstand von Milizen seiner Widersacher Lissouba und Kolélas nachhaltig zu brechen. Im Gegenteil: Es wurde immer deutlicher, daß ihm die Kontrolle über seine Armee und seine eigene Miliz, welche sich bei der kurzfristigen Niederschlagung von Revolten zu massiven Kriegsgreueln und Menschenrechtsverletzungen hatte hinreißen lassen, zunehmend entglitt. Sassou-Nguessos Rechnung, daß er mit den Einnahmen aus der Rohölförderung und mit Unterstützung ausländischer Geldgeber rasch materielle Verbesserungen im Land schaffen und so die Opposition nach und nach „kaufen“ könnte, ging in keiner Weise auf. Es zeigte sich, daß jene Kreise, die in der Ölförderung an der Atlantikküste engagiert waren, sich um das Hinterland nicht kümmerten, während sie die Förderanlagen unter Zuhilfenahme von halb- oder ganz privaten Sicherheitsorganisationen wirksam schützten.

Auf der anderen Seite des Kongo-Flusses, in Kongo-Zaire, sah sich die angolische Armee ebenfalls in eine Situation verwickelt, für die keine rasche Lösung in Sicht war. Diese Konstellation war umso heikler, als die Truppen im eigenen Land dringend gebraucht worden wären. Die Angolaner fanden sich hier Seite an Seite mit den Truppen Kongo-Zaires, Simbabwe, Namibias und zumindest anfänglich auch mit jenen des Tschad. Zu ihnen gesellten sich Einheiten der früheren rwandischen Armee (Ex-FAR) und extremistischer Hutu-Milizen aus Rwanda (Interahamwe). In relativ kurzer Zeit hatte der Präsident Kongo-Zaires, Laurent Désiré Kabila, das Bündnis, das ihn 1997 an die Macht gebracht hatte, zu spalten vermocht: Uganda, Rwanda und Angola, 1997 federführend bei der Machtübernahme Kabilas, standen einander nun auf verschiedenen Seiten gegenüber. Das nach wie vor ungelöste Problem der gut bewaffneten und ausgebildeten rwandischen Hutu hatte maßgeblich zu dieser Entwicklung geführt.

Das ungelöste Problem der Hutu-Extremisten

Zur Erinnerung: Im Herbst 1996 fiel die rwandische Armee in die ostkongolische Kivu-Region ein, nachdem ihr das Regime Mobutus mit Pogromen gegen kongolische Tutsi-Völker den Anlaß auf dem Silbertablett präsentiert hatten. Ihr Ziel war zunächst die Zerschlagung der großen Lager entlang der Grenzen, in denen sich die Massenmörder von 1994 – jene der Ex-FAR und Interahamwe – unter dem Schutz der Hutu-Flüchtlinge aufhielten. Dank der großangelegten internationalen Hilfeleistung für diese Flüchtlinge bereiteten sie sich auf einen Kleinkrieg und längerfristig auf eine Rückeroberung des Landes vor. Hunderttausende von Hutu, die während des Kriegs und des Genozids in Rwanda im Jahr 1994 in den Kivu geflohen waren, kehrten nun in ihre Heimat zurück. Die Ex-FAR und Interahamwe flohen Richtung Westen mit einem lebenden Schutzschild von immer noch Zehntausenden von einfachen rwandischen Bauernfamilien. Jene, welche die unablässigen Angriffe nachrückender rwandischer Truppen und den beschwerlichen Marsch durch den Regenwald überlebten, gelangten zum Teil bis nach Gabun und Angola; sie überquerten praktisch den ganzen Kontinent. Viele tauchten allerdings auch im Gebiet nahe an der Grenze zu Rwanda unter, wo sie von den lokalen Bantu-Völkern zu denen auch die Hutu zählen, oft großzügig aufgenommen wurden.

Unter den heimkehrenden Hutu befanden sich natürlich auch Kämpfer, die Rwanda in der Folge bis fast vor die Tore der Hauptstadt Kigali massiv destabilisierten. Die rwandische Armee mußte feststellen, daß die Versorgungslinien der Hutu-Guerillas rasch wieder instand gesetzt worden waren, aus rückwärtigen Basen in grenznahen kongolischen Gebieten heraus. Zugleich entwickelte Präsident Kabila eine in Kigali als bedrohlich empfundene Selbständigkeit. Er baute zunehmend auf Leute, die wie er selber aus der südlichen Provinz Katanga stammen und er begann, mit Hilfe der Ex-FAR und Interahamwe ein Abwehrdispositiv gegen die als arrogant empfundenen Rwander aufzubauen. Als die Machthaber in Kigali und Kampala merkten, wie ihr Einfluß auf die Entscheidungen in Kinshasa schwand, und daß ihre Westgrenzen wieder mit Duldung der kongo-zairischen Regierung gefährdet wurden, schlugen sie im August 1998 mit der Hilfe unzufriedener kongolischer Militärs und Politiker erneut zu.

Mißlungenes Husarenstück

Unter rwandischer Führung wagten sich die Rebellen an ein tollkühnes militärisches Unternehmen: Statt wie 1996/7 einen ganzen Subkontinent zu überrennen, um das Regime in Kinshasa zu stürzen, schickten sie mit gekaperten kongolischen Flugzeugen Kommandotruppen an die Atlantikküste, welche innerhalb von kürzester Zeit den Unterlauf

des Kongo beherrschten und unaufhaltsam gegen die Hauptstadt vorrückten. Zum erfolgreichen Abschluß dieses Husarenstücks hätten den rwandischen Offizieren nur noch wenige Tage gefehlt. In Kinshasa machte sich bereits Panik breit, zumal die Rebellen das Kraftwerk an den Inga-Fällen, das Kinshasa sowie die Kupfer- und Kobaltminen Katangas mit Strom versorgt, bereits eingenommen hatten. Doch die im militärischen Denken brillanten Rwander hatten ihre Aktion politisch zu wenig abgesichert. Die angolische Regierung war offensichtlich nicht in das Vorhaben eingeweiht und schlug sich auf die Seite von Präsident Kabila. Ihren mechanisierten Verbänden war es ein leichtes, die großen Flughäfen im Westen Kongo-Zaires – quasi vor ihrer Haustüre gelegen – zu überrollen und so den Nachschub der rwandischen Kommandos zu unterbinden. Die rwandischen Truppen konnten sich nur noch mit der Übergabe des intakt gebliebenen Inga-Kraftwerks einen sicheren Abzug aus dem Westkongo via Kongo-Brazzaville erkaufen. Neben Angola griffen auch Namibia, Simbabwe und Tschad auf der Seite Kinshasas mit Kampftruppen ins Geschehen ein. Sie ließen sich ihr Engagement von Kabila in harter Währung teuer abgelden. Trotzdem mußte beispielsweise Simbabwe laut Schätzungen von Finanzexperten rund 3 Millionen Dollar pro Monat in sein Expeditionskorps investieren.

Die Rebellion entwickelte sich nach dem Scheitern des Husarenstücks wieder in gewohnteren Bahnen. Langsam aber sicher rückten die Rebellentruppen mit rwandischer und ugandischer Unterstützung aus dem Osten gegen Westen vor. Besonders für Rwanda hat sich der Einsatz in einer Hinsicht gelohnt: Der Krieg wurde aus dem eigenen Land nach Kongo-Zaire exportiert. Sogar die notorisch unsicheren Gegenden im Nordwesten Rwandas, um die Städte Ruhengeri und Gisenyi, konnten Mitte 1999 wieder ohne militärischen Geleitschutz befahren werden. Die militärische Kampagne wurde mit einer vorsichtigen politischen Öffnung unterstützt. Explizit als Experiment bezeichnet, fanden Ende März 1999 die ersten Wahlen seit dem Machtwechsel statt, in denen lokale Amtsträger gewählt wurden. Natürlich stellten diese Wahlen erst einen Anfang einer noch überaus unsicheren Reise in Richtung Demokratie dar. Die Kandidaten, deren Auswahl überwacht wurde, stellten sich als Individuen und nicht als Parteivertreter zur Wahl. Die Wähler mußten sich im „Schlangensystem“, für jedermann sichtbar, hinter jenen Kandidaten stellen, für den sie ihre Stimme abgaben. Laut den offiziellen Angaben nahmen zwischen 80 und 90 Prozent der Wahlberechtigten an der Übung teil, was ebenso gut als Erfolg des Experiments wie als Beweis für die quasi wasserdichte Kontrolle der Bevölkerung durch die Behörden gewertet werden kann. Doch Augenzeugen berichteten, die Wähler und Wählerinnen sowie die Kandidaten hätten oft in einer für Rwanda völlig neuen Offenheit lebhaft und durchaus kritisch miteinander debattiert.

Die rwandische Armee bezahlte ihren Vorstoß nach Kongo-Zaire allerdings teuer. Glaubwürdige Verlustzahlen wurden von offiziellen Stellen in Kigali zwar nie veröffentlicht, aber eine forcierte Rekrutierungsaktion ab Mai 1999 unterstrich Berichte, wonach die Rwander vor allem in den offeneren Savannenlandschaften im Süden Kivus und im Norden Katangas der simbabwischen Artillerie und Luftwaffe oft schutzlos ausgeliefert waren. Die ugandische Regierung mußte demgegenüber zwar wesentlich geringere Verluste hinnehmen, kam aber dafür nicht in den Genuß einer befriedeten Heimat. Dies führte in der Folge zu größeren Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Mentoren der Rebellion, Rwanda und Uganda. Kampala setzte immer deutlicher auf Bembas MLC, während Rwanda seine Schützlinge im RCD die Macht übernehmen hieß. Professor Wamba dia Wamba, der Präsident des RCD, wurde im Mai 1999 mit einigen Getreuen in einer Sitzung des RCD-Führungsgremiums in der ostkongolesischen Stadt Goma formell entmachtet und durch den aus Katanga stammenden, als einer der Führer der Katanga-Gendarmen bekannt gewordenen Emile Ilunga ersetzt. Wamba dia Wamba setzte sich mit seinem Flügel nach Kisangani ab und machte den Bruch zwischen dem Rwanda nahestehenden und dem ugandisch beeinflussten

Flügel der Rebellion unübersehbar. Mitte des Jahres kam es mehrmals zu Scharmützeln zwischen den auseinanderdriftenden RCD-Flügeln und ihren jeweiligen Mentoren.

Neben den taktischen Meinungsverschiedenheiten waren es auch die kommerziellen Aktivitäten der Ugander und Rwander in Ostkongo, die zu Spannungen führten. Rwandische Offiziere beschuldigten ihre ugandischen Kollegen wiederholt, sich mehr um den Export von Gold, Diamanten und Tropenhölzern als um militärische Belange zu kümmern. Es ist allerdings ein offenes Geheimnis, daß auch aus den rwandisch kontrollierten Gebieten Kongo-Zaires landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe nach Rwanda gebracht werden.

Der interne Konflikt der Rebellen war maßgeblich dafür verantwortlich, daß die diplomatischen Bemühungen um eine friedliche Lösung des Kongo-Konflikts nur mühsam vorankamen. Es entstand sogar der Eindruck, die Vermittlungsbemühungen würden absichtlich torpediert. Anfang Juli einigten sich die kongolesischen Kriegsparteien sowie ihre jeweiligen Verbündeten auf ein Rahmenabkommen, das einen Waffenstillstand, den Rückzug ausländischer Kampfverbände und den Einsatz einer multinationalen Friedenstruppe vorsah. Das Abkommen, das in der sambischen Hauptstadt von allen Parteien mit Ausnahme der Rebellen unterzeichnet wurde, unterstrich den Willen Simbabwe, Namibias und Angolas, sich aus dem Kongo-Abenteuer zu verabschieden. Auch Uganda wollte zumindest nach außen hin den gleichen Eindruck erwecken. Es ist aber eine andere Frage, ob Kampala auch wirklich bereit war, seinen Einfluß und die lukrativen Geschäfte in Kongo-Zaire aufzugeben. Rwanda hatte seinerseits schon immer unterstrichen, daß es den Krieg auf längere Zeit weiterführen werde, wenn seine Sicherheitsinteressen nicht gebührend respektiert würden. Im Klartext hieß das: Rwanda verlangte Garantien dafür, daß die Hutu-Extremisten und Ex-FAR-Truppen wirksam neutralisiert würden. Zwar enthält das Abkommen von Lusaka eine entsprechende Klausel, die sämtliche Kriegsparteien auffordert, die rwandischen Guerilleros zu entwaffnen. Doch die Regierung in Kigali hat in der Vergangenheit gezeigt, daß es in dieser für sein Überleben derart heiklen Frage eigentlich nur sich selbst das nötige Vertrauen entgegenbringt.

Bruderkrieg am Horn von Afrika

Am östlichen Ende des Krisengürtels, am Horn von Afrika, schien der Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea Mitte des Jahres dagegen tatsächlich einer friedlichen Lösung näherzukommen. Unter dem Schirm der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) hatten sich die Kontrahenten sowohl über die Rahmenbedingungen eines Waffenstillstands als auch über die Mechanismen geeinigt, wie der vordergründige Anlaß des Kriegs, der Streit um den Verlauf der Grenze, aus der Welt geschafft werden könnte. Es schien, als warte jede der beiden Seiten nur noch darauf, daß die andere den ersten Schritt mache und dieser Schritt wiederum fiel jeder Seite außerordentlich schwer. Seit dem offenen Ausbruch des Konflikts zwischen den beiden ehemaligen Waffenbrüdern der Eritrean People's Liberation Front (EPLF) in Asmara und der Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front (EPRDF) in Addis Abeba im Mai 1998, der innerhalb weniger Wochen erschreckend schnell eskaliert war und inzwischen vermutlich mehrere Zehntausend Todesopfer auf beiden Seiten gefordert hatte, steckten die beiden Nachbarländer in einer Umklammerung fest, aus der sie nur schwer noch einen Ausweg zu finden schienen. Auf beiden Seiten wurde die Bevölkerung mit massiver und teilweise hetzerischer Propaganda für die eigenen Anliegen mobilisiert. Vor allem zu Beginn des Konflikts deportierte Äthiopien mehrere Zehntausend Personen, die – so heißt es in den offiziellen Verlautbarungen – wegen ihrer eritreischen Abstammung für ein Sicherheitsrisiko gehalten wurden. Auf der anderen Seite verloren in der eritreischen Hafenstadt Assab auf einen Schlag mehrere Zehntausend äthiopische Arbeiter ihre Beschäftigung, da der vor allem von Äthiopien genutzte Hafen durch den Krieg völlig lahmgelegt wurde. Äthiopien beschuldigte zunächst Eritrea, diese Arbeiter nicht ausreisen zu

lassen, nur um sich später, als diese zurückzukehren begannen, über die „gewaltsame Abschiebung“ zu beklagen.

Eritrea hatte sich nach einem Referendum im Frühjahr 1993 formell unabhängig von Äthiopien erklärt. Die beiden Staaten haben nur oberflächlich Gemeinsamkeiten. Beide Regime sind durchaus autoritär, doch ist der nationale Zusammenhalt in Eritrea nach dreißig Jahren Unabhängigkeitskrieg und wegen einer tiefgehenden ideologischen Schulung während des Kriegs ungleich größer. Die EPRDF sieht sich in Äthiopien dem Mißtrauen wichtiger Bevölkerungsgruppen ausgesetzt; sie wird beispielsweise von vielen Oromo (die größte ethnische Gruppe im Land), Amharen (die frühere Elite) und Somali als Frontorganisation der Tigray-Guerilleros (Tigray People's Liberation Front, TPLF) wahrgenommen, welche die Staatsführung nach dem Zusammenbruch des Mengistu-Regimes mit Waffengewalt an sich riß, die aber keine Legitimität besitzt. Vor allem die frühere Elite der Amharen wartet nicht nur rachsüchtig auf die Chance zur Revanche, sondern hat sich auch mit der Sezession Eritreas nie abgefunden. Die Amharen stimmen am eifrigsten in den Chor jener ein, die dem kleinen Nachbarland eine nachhaltige Lektion erteilen wollen. Ihr Ziel ist eindeutig das Ende der Unabhängigkeit. Sie erhoffen sich daneben aber auch, daß die Tigrayer vom Konflikt derart geschwächt werden, daß für sie die Stunde der Rückeroberung der Macht schlägt.

Diese besondere innenpolitische Lage machte es der äthiopischen Führung praktisch unmöglich, von ihren Positionen abzurücken. Sie wurde zur Gefangenen ihrer eigenen anti-eritreischen Propaganda, welche innerhalb von Monaten zustande brachte, was die EPRDF selbst zuvor nicht erreicht hatte: Praktisch alle ethnischen und politischen Gruppen stellten sich hinter sie.

Die eritreische Führung hätte es sich dagegen leisten können, quasi über Nacht ihren Standpunkt zu ändern, da sie Widerspruch seit jeher unter einer schweren Decke, dem Mythos nationaler Einigkeit, erstickte. Zehntausende von früheren Guerillakämpfern besetzen sämtliche Schaltstellen des öffentlichen Lebens, die Kontrolle über die Bevölkerung wird zwar kaum je mit brachialer Gewalt ausgeübt, ist aber dennoch total. Diskussionen über Ziele und Wege der nationalen Politik finden in Institutionen statt, die auf allen Ebenen von der ehemaligen Guerillabewegung, die sich heute People's Front for Democracy and Justice (PFDJ) nennt, dominiert wird. Grundsätzliche Opposition existierte praktisch nur im Exil, wo sie sich jedoch laufend weiter zersplitterte und teils in maulheldenhafter Bedeutungslosigkeit, teils in fundamentaler Radikalität versank.

Verschiedene Systeme – gleiches Resultat

Diese beiden grundverschiedenen politischen Systeme brachten jedoch ein gemeinsames Resultat hervor, das wohl auch aus der geschichtlichen Erfahrung auf dem christlichen abessinischen Hochland erklärt werden kann. Die ständige Bedrohung durch muslimische Eroberer aus dem Tiefland und durch europäische und ägyptische Kolonialmächte führte zu einer Kultur, die Probleme nicht nach außen trägt, sondern in geschlossenen Zirkeln zu behandeln und lösen sucht. Die Divergenzen zwischen Eritrea und Äthiopien konnten darum über Jahre wachsen, ohne einer breiteren Öffentlichkeit bewußt zu werden, auch konnte das Gefahrenpotential durch mangelndes Problembewußtsein und ungenügende Kenntnisse nicht diskutiert oder entschärft werden. Die zugunsten taktischer oder strategischer Ziele beschworenen Mythen, zu denen auch die Bruderschaft der ehemaligen Guerillabewegungen EPLF und TPLF gehörte, überdeckten die immer grundsätzlicheren Meinungsverschiedenheiten.

Als die EPLF und die EPRDF 1991 ihre Beziehungen bis zur formellen Unabhängigkeit Eritreas regelten, kamen sie überein, daß der äthiopische Birr auch im Nachbarland als Zahlungsmittel dienen sollte. Eritreer, die in Äthiopien bleiben wollten, erhielten den Status

von Einheimischen. Sie besetzten in der Folge nicht nur weiterhin hohe Staatsstellen, sondern erkämpften sich auch im Wirtschaftsleben einflußreiche Positionen. Dies fiel ihnen um so leichter, als sie beim Eintauch von Devisen gegen Birr in Asmara von einem besseren Wechselkurs profitierten als ihre äthiopischen Konkurrenten in Addis Abeba. Die Währungsunion erlaubte es den Eritreern gleichzeitig, Waren aus Äthiopien einzuführen, ohne auf Devisen zurückgreifen zu müssen. Auf der Gegenseite sicherte Asmara Addis Abeba das Recht zu, die nun eritreisch gewordenen Häfen von Assab und Massawa zollfrei zu benutzen.

Bruch der vordergründigen Harmonie

Während in den offiziellen Verlautbarungen nach dem Referendum von 1993 auf beiden Seiten der Geist wirtschaftlicher und allenfalls auch politischer Integration beschworen worden war, schien es rückblickend so, als habe nur Äthiopien diesen Kurs auch wirklich einzuhalten gedacht, möglicherweise mit dem Hintergedanken, die historisch notwendig gewordene Unabhängigkeit Eritreas auf diesem Weg abzufedern und längerfristig zu unterlaufen. Die Regierung in Asmara hingegen verfolgte mit aller Kraft den Aufbau seiner eigenen Wirtschaft, um die Abhängigkeit von Äthiopien zu verringern. Addis Abeba wollte oder konnte diese Zeichen nicht erkennen; das zunehmende Murren in Teilen der äthiopischen Gesellschaft über die privilegierte Behandlung der Eritreer wurde überhört oder nicht ernst genommen. Zwar nahmen die beiden Seiten Verhandlungen über die divergierenden wirtschaftlichen und politischen Strategien und ebenso über strittige Grenzverläufe auf, doch diese fanden hinter verschlossenen Türen statt und waren nie Gegenstand öffentlicher Debatten.

Ein erstes Zeichen dafür, daß der Graben unüberbrückbar wurde, war eine Auseinandersetzung um die Erdölraffinerie in Assab. Der Preis, den Äthiopien für die Benutzung dieser Einrichtung zu zahlen hatte, sollte massiv erhöht werden, worauf Addis Abeba sich entschied, Erdölprodukte von anderen Raffinerien direkt einzuführen. Äthiopien begann seine Versorgungsrouten zu diversifizieren, indem beispielsweise der Hafen von Djibouti stärker in Anspruch genommen wurde. Die Raffinerie von Assab erwies sich nach dem Aussteigen Äthiopiens als unrentabel, und Eritrea sah sich gezwungen, wertvolle Devisen für Erdölprodukte auszugeben. Etwa zum gleichen Zeitpunkt erhöhte Äthiopien den Druck auf Eritrea mit dem Ziel, den Wechselkurs zu harmonisieren und weitere Integrations Schritte für die beiden Wirtschaftsräume in Angriff zu nehmen. Eritrea reagierte darauf mit der vorgezogenen Einführung der schon länger geplanten eigenen Währung, des Nakfa. Dies versetzte den offiziell beschworenen Integrationsplänen auf eine Weise den Todesstoß, die vor der Öffentlichkeit nicht mehr verborgen werden konnte.

Von Sachfragen zum Nationalstolz

Über die Frage des Auseinanderdividierens der Währungsunion entzündete sich in der Folge eine zunehmend gehässige Debatte. Um zu verhindern, daß eritreisches Vermögen in Birr nach der Einführung des Nakfa vom eritreischen Staat weiter verwendet werden könnte, beschloß Addis Abeba, zum gleichen Zeitpunkt neue Noten in Umlauf zu bringen. Eritrea forderte daraufhin, daß der Nakfa und der neue Birr in beiden Ländern als gleichwertiges Zahlungsmittel benutzt werden könnten. Da jedoch der Wert des Nakfa bei der Einführung gegenüber dem Dollar wiederum billiger fixiert wurde als jener des Birr, war ein solches Übereinkommen für Äthiopien inakzeptabel. Addis Abeba verlangte nun seinerseits, daß der bilaterale Handel oberhalb einer Freigrenze von umgerechnet rund 300 Dollar in Devisen abgewickelt werden müsse. Abgesehen davon, daß die Banken in den beiden Ländern darauf in keiner Weise vorbereitet waren, bedeutete die äthiopische Forderung gleichsam das Ende

des bilateralen Handels. Sie traf Eritrea ungleich härter als die Nordregionen Äthiopiens (Tigray und Afar), da der Handelsstrom in Richtung Eritrea größer war. Außerdem hätte Eritrea künftig seine wertvollen Devisen für den Kauf äthiopischer Waren einsetzen müssen.

In beiden Führungsapparaten kam das Gefühl auf, vom jeweils anderen betrogen worden zu sein. Dieses Empfinden änderte den Charakter des Zwists fundamental. Die anfänglichen Divergenzen in Sachfragen wurden nun zu einer Frage von nationalem Stolz. Eine völlig unvorbereitete Öffentlichkeit wurde auf propagandistische Weise über angeblich verräterisches Tun der Gegenseite informiert. Die anti-eritreische Stimmung in Äthiopien nahm ebenso zu, wie sich das typisch eritreische Verhalten verstärkte, auf wirkliche oder vermeintliche Bedrohungen von außen mit Einigeln und Auf-sich-selbst-Vertrauen zu reagieren. Nur so läßt sich erklären, daß die an sich bedeutungslose Grenzfrage, die im gewohnt nicht-öffentlichen Stil seit Monaten behandelt wurde, zum Funken wurde, der das Pulverfaß explodieren ließ.

Die Nachbarn im Sog des Konflikts

Der Krieg hatte, wie sich vor allem in seinem zweiten Jahr deutlich zeigte, weitreichende und destabilisierende Auswirkungen auf die gesamte, ohnehin schon labile Region am Horn von Afrika. An den Frontabschnitten entlang der Grenze kam es nach jeweils wochen- oder monatelangen Pausen sporadisch zu sehr intensiven Gefechten, die laut den wenigen verfügbaren neutralen Berichten außerordentlich opferreich waren, da Äthiopien gegen die gut eingegrabenen Eritreer die Taktik der „menschlichen Wellen“ anwendete. Das Kampfgeschehen hatte aber kaum größere Gebietsgewinne oder -verluste zur Folge. Es schien vielmehr, als hätten beide Seiten die Kampfkraft des Gegners zunächst unterschätzt. Nichts lag deshalb näher als der Versuch, die Truppen des Gegners mit Stellvertreterkonflikten und der Eröffnung „interner Fronten“ abzulenken. Als Kandidat für eine solche Rolle bot sich gleich zu Beginn des Kriegs das islamistische sudanesisches Regime an, zu welchem die Regierungen von Addis Abeba wie auch von Asmara vor Kriegsausbruch äußerst gespannte Beziehungen hatten.

Eritrea beherbergte nicht nur den Dachverband der sudanesischen Opposition, die National Democratic Alliance (NDA), in der sudanesischen Botschaft seiner Hauptstadt. Es unterhielt auch Ausbildungslager für sudanesischen Guerillas an der Grenze und schickte gelegentlich auch seine eigenen Truppen zur Unterstützung der Rebellen ins Nachbarland. Äthiopien ließ die südsudanesischen Sudan People's Liberation Army (SPLA) ebenfalls Büros und logistische Einrichtungen auf seinem Territorium errichten. Äthiopische Truppen drangen mindestens einmal im Verband mit der SPLA bei Kurmuk über die Grenze auf sudanesisches Gebiet vor. Nach dem Ausbruch des Kriegs zwischen Eritrea und Äthiopien waren es die Äthiopier, welche zuerst wieder Kontakt mit Khartum herstellten. Eritrea mußte befürchten, daß die Führung in Addis Abeba ein Wegrecht durch sudanesisches Territorium für einen Schlag an der eritreischen Westgrenze anstreben und erhalten könnte. Auch Asmara entschied sich in der Folge für eine Annäherung an Khartum, was für die NDA nicht ohne Folgen bleiben konnte. Sie wurde aus ihrem Sitz in der sudanesischen Botschaft hinauskomplimentiert und befürchtete wohl nicht zu Unrecht, bei einem Andauern des Kriegs ihr Gastrecht in Asmara gänzlich verlieren zu können.

Das zweite Land mit Grenzen zu beiden Kriegsparteien, Djibouti, wurde nach Kriegsausbruch für Addis Abeba zum wichtigsten Umschlagplatz seiner Waren, da Äthiopien seit der Unabhängigkeit Eritreas keinen direkten Zugang zum Meer mehr hatte und die wichtigste Versorgungslinie über den eritreischen Hafen Assab gleich zu Beginn des Kriegs gekappt wurde. Wollte die eritreische Regierung die äthiopischen Nachschubwege stören, könnte sie es in Djibouti wohl am effizientesten tun. Den erst 1977 unabhängig gewordenen

Zwergstaat plagt ein internes Problem, das sich in der bewaffneten Rebellion der Afar-Guerilla Front pour la restauration de l'unité et de la démocratie (Frud) ausdrückt. Doch die frühere Kolonialmacht Frankreich unterhält in Djibouti nach wie vor eine Militärbasis. Eritrea muß befürchten, daß Paris einem großangelegten Destabilisierungsversuch in oder gar einem eritreischen Vorstoß nach Djibouti nicht tatenlos zuschauen würde.

Pokern mit der Oromo-Karte

Somit blieb der Führung in Asmara nur noch die inner-äthiopische Opposition als möglicher Partner in diesem Konflikt. Unter den diversen Gruppierungen, die dem äthiopischen Regime den Kampf angesagt hatten, bot sich vor allem die Oromo Liberation Front (OLF) an, welche ihren Rückhalt in der bevölkerungsreichsten äthiopischen Ethnie hat und am ehesten über das Potential für eine schlagkräftige Truppe verfügte. Die OLF war in den letzten acht Jahren von den äthiopischen Sicherheitskräften jedoch empfindlich geschwächt worden und war vor den Schlägen der Armee bis nach Nordkenya und nach Somalia ausgewichen.

In Südsomalia machte sich seit längerem ein nicht zu unterschätzendes Bedrohungspotential für Äthiopien bemerkbar. Einerseits operierte dort die islamistische Al-Ittihad-Bewegung, welche unter anderem für mehrere Bombenanschläge in Addis Abeba verantwortlich gemacht wurde. Zudem wird in Somalia der mächtige Nachbar im Westen in weiten Teilen der Bevölkerung aus historischen Gründen als Erzfeind betrachtet. Die anti-äthiopischen Gefühle verstärkten sich noch, als Addis Abeba im Zusammenspiel mit einer somalischen Fraktion verschiedentlich militärische Schläge gegen Al-Ittihad in der somalischen Gedo-Region unternahm. Als Tribun des Kampfes gegen Äthiopien tat sich neben den Islamisten der Milizchef Aidid hervor. Das Augenmerk der Eritreer mußte früher oder später auf Aidid fallen, und dieser konnte offenbar der Versuchung, dem Erzfeind Äthiopien „eins auszuwischen“, nicht widerstehen.

In der ersten Hälfte des Jahres 1999 landeten mindestens zwei größere Schiffsladungen an Waffen und OLF-Kämpfern im somalischen Hafen Merca im Süden der früheren Hauptstadt Mogadiscio. Das Kriegsgerät wurde nach Corioley unweit von Mogadiscio gebracht, wo Aidid der OLF bereits früher Ausbildungslager überlassen hatte. Ende Mai begann Aidid, die OLF-Kämpfer nach Baidoa – etwa auf halbem Weg zur äthiopischen Grenze – zu transportieren, wo diese offensichtlich Einfälle nach Äthiopien vorbereiten sollten. Diese Bewegungen waren der Führung in Addis Abeba keineswegs verborgen geblieben und sie hatte in der Zwischenzeit unter den somalischen Milizen und Fraktionen den idealen Alliierten ausgemacht: die Rahanwein Resistance Army (RRA). Dieser bewaffnete Arm des gleichnamigen Clans hatte Aidid – dem Vater des aktuellen Milizchefs – und dessen Miliz blutige und ewige Rache geschworen, als dieser im September 1995 Baidoa, die Hauptstadt der Rahanwein, im Handstreich eingenommen hatte. Anfang Juni 1999 schlugen die Äthiopier zu. Doch statt wie früher grenznahe Lager und Positionen des Gegners zu zerstören und sich danach wieder zurückzuziehen, marschierten die Äthiopier dieses Mal mit der RRA weiter in Richtung Baidoa, das sie in heftigen und für Aidid sehr verlustreichen Gefechten einnahmen. Ob der äthiopische Vorstoß nur die Zerstörung der OLF-Lager in Baidoa und Corioley zum Ziel hatte oder ob auf der somalischen Seite der Grenze eine permanente Sicherheitszone nach dem Vorbild des israelischen Gürtels in Südlibanon errichtet werden sollte, war Mitte des Jahres noch unklar.

Peter Winkler, lic. phil.

Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ (NZZ) in Nairobi, Kenya